

Mehr Unzufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit im vereinten Deutschland: eine Zusammenstellung objektiver und subjektiver Indikatoren zur Kriminalität

Babl, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Babl, S. (1993). Mehr Unzufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit im vereinten Deutschland: eine Zusammenstellung objektiver und subjektiver Indikatoren zur Kriminalität. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 9, 5-10. <https://doi.org/10.15464/isi.9.1993.5-10>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung und Wohlfahrtsmessung in Europa

Veranstaltungen der Sektion „Sozialindikatoren“ auf dem Deutschen Soziologentag

Die Sektion „Sozialindikatoren“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie führte auf dem 26. Deutschen Soziologentag vom 28. September bis 2. Oktober 1992 in Düsseldorf zwei Veranstaltungen durch. Die Themen der beiden Sektionsveranstaltungen lauteten „Sozialberichterstattung in Europa“ sowie „Wohlstand und Wohlfahrt im europäischen Vergleich“ und waren damit unmittelbar an dem Generalthema des Soziologentages „Lebensverhältnisse und Soziale Konflikte im neuen Europa“ ausgerichtet. Geleitet wurden die beiden Sektionsitzungen vom Sprecher der Sektion Prof. Dr. Wolfgang Glatzer (Frankfurt).

Die erste Veranstaltung der Sektion „Sozialindikatoren“ zum Themenbereich „Sozialberichterstattung in Europa“ begann mit einem Vortrag von Karlheinz Reif (Brüssel) über die öffentliche Meinung in und über Europa wie sie sich in den Umfragen des EUROBAROMETER darstellt. Anschließend diskutierte Elisabeth Noelle-Neumann (Allensbach) das Thema Europa in der öffentlichen Meinung auf der Grundlage verschiedener Umfragen des Instituts für Demoskopie. Erich Wiegand (Mannheim) analysierte auf der Basis ausgewählter Umfragedaten die aktuellen Einstellungen zu Fremden in Deutschland und das Ausmaß der bestehenden Fremdenfeindlichkeit im europäischen Vergleich.

Im zweiten Teil dieser Sektionssitzung stellte zunächst Peter Ph. Mohler (Mannheim) das International Social Survey Programme (ISSP) vor und Joachim Vogel (Stockholm) berichtete über die aktuellen Entwicklungen der Sozialberichterstattung und Wohlfahrtsmessung in den skandinavischen Ländern. Schließlich referierte Roy Panagiotopoulos (Athen) über die von der allgemeinen Entwicklung in Europa abweichenden Beschäftigungstendenzen in Griechenland.

Die zweite Veranstaltung der Sektion „Sozialindikatoren“ zum Themenbereich „Wohlstand und Wohlfahrt im europäischen Vergleich“ wurde eingeleitet von Wolfgang Zapf (Berlin) mit einem Vortrag über die gegenwärtigen Tendenzen der Wohlfahrts-

entwicklung und Modernisierung sowie den Folgen der gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Osteuropa. Anschließend entwickelte Stefan Hradil (Mainz) Thesen über Modernisierungsvorsprünge und nationale Besonderheiten in den verschiedenen Ländern Europas. Die methodologischen und methodischen Probleme der Messung von Armut in Europa diskutierte Brigitte Buhmann (Bern).

Im zweiten Teil dieser Sektionssitzung stellte zunächst Heinz-Herbert Noll (Mannheim) ausgewählte Aspekte der Lebensbedingungen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft im empirischen Vergleich dar. Dieter Bögenhold (Bielefeld) berichtete über empirische Ergebnisse aus dem Bereich der Erwerbsarbeit im europäischen Vergleich. Zum Abschluß diskutierte Walter Müller (Mannheim) die Entwicklung der Ungleichheit der Bildungschancen im europäischen Vergleich. Es ist beabsichtigt, die Vorträge der beiden Sitzungen der Sektion „Sozialindikatoren“ in einem gesonderten Tagungsband zu veröffentlichen.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-29)

Mehr Unzufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit im vereinten Deutschland

Eine Zusammenstellung objektiver und subjektiver Indikatoren zur Kriminalität

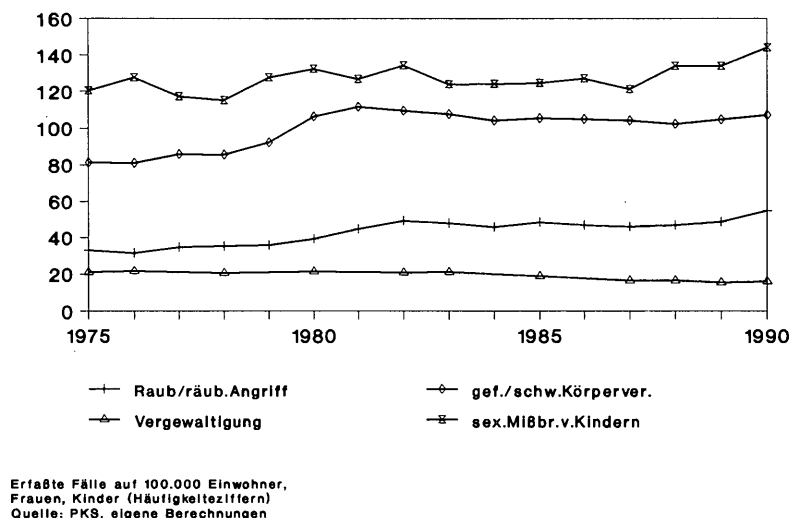
In jeder Gesellschaft ist ein gewisses Ausmaß von Kriminalität normal. Steigt die Kriminalität jedoch ungewöhnlich oder stetig an, so kann dies als Indikator für eine Beeinträchtigung der Lebensqualität angesehen werden. Die Beschreibung der Sicherheitslage durch die amtliche Kriminalberichterstattung reicht jedoch zur Beurteilung der Wohlfahrtsminderung durch Kriminalität nicht aus. Die Zufriedenheit der Bürger mit dem Schutz vor Kriminalität, die Beunruhigung über Kriminalität sowie das Gefühl persönlicher Bedrohung sind dafür ebenfalls von Bedeutung. Die Gegenüberstellung objektiver und subjektiver Indikatoren der Kriminalität zeigt, daß die Wahrnehmung der Öffentlichen Sicherheit nicht in Übereinstimmung mit der Entwicklung und Verteilung der faktischen Kriminalitätsbelastung stehen muß.

Im folgenden soll zunächst die Entwicklung der objektiven Kriminalitätsbelastung anhand ausgewählter wohlfahrtsrelevanter Delikte seit Mitte der 70er Jahre skizziert und dann dem subjektiven Sicherheitsgefühl, d.h. der Zufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit sowie der Furcht vor Kriminalität, gegenübergestellt werden. Im Anschluß daran werden auf der Grundlage der Studie „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“ des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) und der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) für 1990 subjektive Kriminalitätswahrnehmungen in ausgewählten Deliktbereichen dargestellt

und genauer analysiert. Abschließend wird die subjektive Wahrnehmung der Öffentlichen Sicherheit in Ost- und Westdeutschland verglichen.

Betrachtet man die Kriminalitätsbelastung unter dem Aspekt persönlicher Sicherheitsbedürfnisse, dann fallen darunter hauptsächlich solche Vergehen, die die körperliche Unversehrtheit, die Privatsphäre oder den persönlichen Besitz bedrohen. Derartige Delikte fallen unter die strafrechtlichen Kategorien Raub, gefährliche oder schwere Körperverletzung, sexuelle Gewalt und sexuellen Mißbrauch, aber auch Wohnungseinbruch und Diebstahl.

Graphik 1
Bedrohung durch Gewalt- u. Sexualdelikte



Objektive Belastung durch Kriminalität seit 1975 gestiegen

Wie aus Graphik 1 ersichtlich, hat sich in der Bundesrepublik die Zahl der auf die Einwohner bezogenen Fälle von Gewalt- und Sexualverbrechen unterschiedlich entwickelt. Bis Anfang der 80er Jahre stiegen die Häufigkeitsziffern für gefährliche oder schwere Körperverletzung beziehungsweise Raub oder räuberischen Angriff von Jahr zu Jahr, danach fluktuieren sie bis 1989 um ein gleichbleibendes Niveau und nehmen erst 1990 wieder deutlich zu. Über den ganzen Zeitraum ist das Risiko eines schweren körperlichen Angriffs ungefähr zweimal so groß, wie das beraubt zu werden. Insgesamt hat sich seit Mitte der 70er Jahre das Risiko beraubt zu werden annähernd verdoppelt und die Gefährdung durch Körperverletzung ist um 25 Prozent gestiegen. Kamen 1975 auf 100.000 Einwohner 33 Raub- bzw. 81 Körperverletzungsdelikte, so waren es 1990 56 beziehungsweise 107 Fälle.

Insgesamt liegt das statistische Risiko der männlichen Bevölkerung, Opfer eines Gewaltdeliktes zu werden über dem der weiblichen, das der Jüngeren über dem der Älteren. Abgesehen vom Delikt des Handtaschenraubs werden zum Beispiel fast zweimal soviele Männer wie Frauen beraubt, bei Körperverletzungsdelikten liegt das objektive Risiko der Männer sogar um das Vierfache über dem der Frauen.

Die Gefährdung der weiblichen Bevölkerung durch Vergewaltigung hat sich im Verlauf der Zeit kaum verändert und ist seit 1985 sogar leicht rückläufig. Im Jahr 1975 kamen auf 100.000 Frauen noch 21 Fälle von sexueller Gewalt, bis Ende der 80er Jahre ist diese Zahl auf 15 gesunken. Erheblich höher ist demgegenüber das Niveau der Gefährdung von Kindern durch Sexualvergehen. Im Durchschnitt der letzten 15 Jahre kamen pro Jahr auf 100.000 Kinder unter

14 Jahren etwa 127 Fälle sexuellen Mißbrauchs. Gerade bei den Sexualdelikten ist jedoch mit einem großen Dunkelfeld zu rechnen, die Daten sind daher mit entsprechender Unsicherheit behaftet.

Belastung durch Diebstahl übertrifft Gewaltopferisiken

Diebstahlsdelikte bestimmen zwischen 1975 und 1990 mit rund 60 Prozent aller in der polizeilichen Kriminalstatistik erfaßten Fälle die Gesamtkriminalität quantitativ maßgeblich. Betrachtet man die Belastung im Längsschnitt, so haben sich die Häufigkeitsziffern deliktspezifisch verschieden entwickelt. Wie aus Graphik 2 ersichtlich sind Diebstähle von Kraftfahrzeugen bis 1989 tendenziell rückläufig und nehmen erst 1990 wieder zu. 1975 kamen auf 100.000 gemeldete Fahrzeuge 302 Fälle, 1989 noch 200 und 1990 wieder 210. Fahrraddiebstähle steigen bis 1983 kontinuierlich an, sinken bis Mitte der 80er Jahre wieder auf das Niveau von 1979/80 und fluktuieren seitdem um rund 550 Fälle auf 100.000 Einwohner. Die Häufigkeitszahl schwerer Wohnungseinbrüche steigt bis 1987 auf über 600 Fälle an und nimmt seither ab. 1990 waren von 100.000 Privathaushalten 539 betroffen. Dominierend bei den Eigentumsdelikten ist der Diebstahl in und aus Kraftfahrzeugen mit Häufigkeitsziffern, die sich zwischen 1000 und 2000 bewegen; zeitweise macht der Fahrzeug-

Graphik 2
Belastung durch Eigentumsdelikte

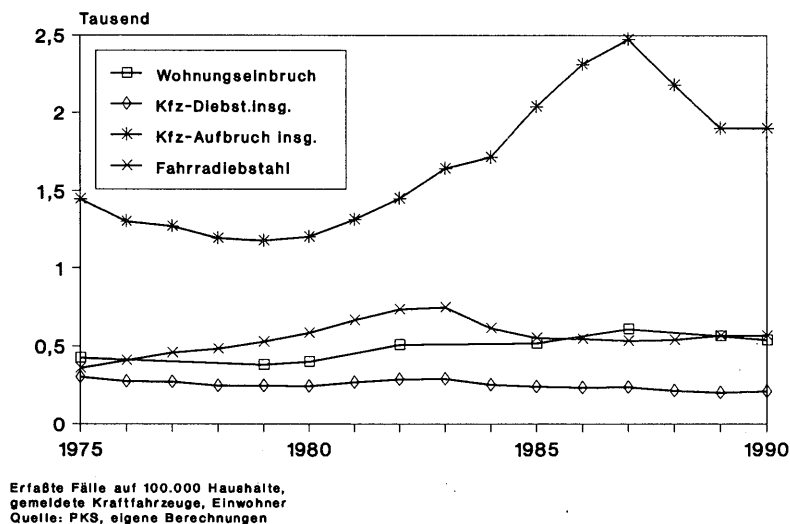


Tabelle 1: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und Kriminalitätsfurcht im Zeitverlauf

	1975 %	1978 %	1982 %	1984 %	1987 %	1988 %	1990 %	1991 %	1992 %
Öffentl. Sicherheit Sehr / eher zufrieden		44		47		58	64 (58)	59 (15)	48 (10)
Kriminalitätsfurcht ja	50		35		36		31		36 (49)

Datenbasis und Quellen:

1978, 1984, 1988: Wohlfahrtssurvey; Frageformulierung "Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Öffentlichen Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität?" Zufriedenheitsskala von 0 - 10, hier: 6 - 10 = "sehr / eher zufrieden".

1990 - 1992: IPOS Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik; Frageformulierung "Bitte sagen Sie uns wie zufrieden Sie mit folgenden gesellschaftlichen Bedingungen ... sind. Sind Sie mit ... sehr zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?", u.a. erfragt: "... Schutz der Bürger vor Kriminalität"; hier ausgewiesen "sehr + eher zufrieden".

1975: Institut für Demoskopie; 1987: Studie Nr. 1587 des Zentralarchivs Köln; 1982, 1990, 1992: ALLBUS; Frageformulierung "Gibt es eigentlich hier in der unmittelbaren Nähe – ich meine so in einem Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, wo Sie nachts nicht alleine gehen möchten?". Angaben für die DDR bzw. Ostdeutschland jeweils in Klammern.

aufbruch ein Viertel aller insgesamt erfaßten Diebstahlsdelikte aus.

Grundsätzlich gilt, daß die objektive Gefahr Opfer eines Diebstahls zu werden, das Viktimisierungsrisiko durch Gewaltkriminalität erheblich übertrifft. Sowohl Eigentums- wie Gewaltdelikte nehmen mit wachsender Gemeindegröße zu. Gemessen an den Häufigkeitsziffern ist die Belastung durch Kriminalität in Großstädten ab 500.000 Einwohnern ungefähr dreimal so groß wie in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern, was u.a. auf die geringere soziale Kontrolle und ausgeprägtere Anonymität sowie die Häufung von Tatobjekten- und Gelegenheiten zurückzuführen ist. Umfang, Entwicklung und Verteilung der polizeilich registrierten Kriminalität sind insgesamt nicht nur das Ergebnis kriminellen Verhaltens, sondern werden auch von Faktoren wie der Anzeigebereitschaft, polizeilichen Erfassungsmodalitäten oder Strafrechtsänderungen beeinflusst.

Zufriedenheit mit Öffentlicher Sicherheit bis 1990 gestiegen

Ob die Veränderungen der objektiven Kriminalitätsbelastung Auswirkungen auf die Kriminalitätswahrnehmung der Bevölkerung hatte, von der die überwiegende Mehrheit über keine direkten Opfererfahrungen verfügt und nur mittelbar durch die Medien oder persönliche Kommunikation über kriminelles Verhalten oder die Opfer von Kriminalität erfährt, zeigt Tabelle 1.

Entgegen der verbreiteten Annahme, daß ein allgemeiner Kriminalitätsanstieg die Bevölkerung verunsichere, hat die Zufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit seit Mitte der 70er Jahre zu- und die Kriminalitätsfurcht abgenommen. Waren bis 1984 weniger als die Hälfte der Bundesbürger mit der Öffentlichen Sicherheit sehr oder zumindest eher zufrieden, so ist dieser Anteil bis 1990 auf 64 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat die Furcht vor persönlich verletzender, gewaltsamer Straßenkriminalität, wie vor allem Raub-, Körperverletzungs- und Sexualdelikten, abgenommen. Gaben 1975 noch 50% der Befragten an, daß es in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung eine Gegend gibt, in der sie sich nachts allein unsicher fühlen, so ist dieser Anteil bis 1982 auf 35% gesunken und liegt seitdem bei rund einem Drittel.

Während die objektive Bedrohung durch Kriminalität im Verlauf der letzten 15 Jahre zunahm, ist die Unzufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit ebenso wie die Furcht vor gewaltsamer Straßenkriminalität im selben Zeitraum gesunken. Die subjektive Wahrnehmung von Kriminalität scheint somit weniger von einem globalen Kriminalitätsanstieg und einer zumeist auf einzelne spektakuläre Straftaten konzentrierten, überregionalen Medienberichterstattung beeinflusst, als allgemein angenommen wird. Wahrscheinlich haben auch viele Bundesbürger im Verlauf der Zeit gelernt, durch entsprechende Verhaltensweisen mit einem gewissen Ausmaß objektiver Belastung und subjektiver Bedrohung ge-

rade im überschaubaren Bereich der engeren Wohnumgebung umzugehen, ohne darin eine Minderung ihrer Lebensqualität zu sehen.

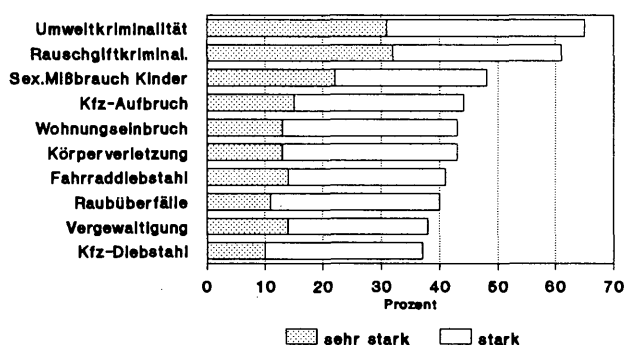
Beunruhigung durch Umwelt- und Rauschgiftkriminalität weit verbreitet

Auf die unterschiedliche Wahrnehmung zwischen einer primär das Gemeinwesen belastenden und einer direkt die persönliche Sicherheit bedrohenden Kriminalität, weisen die Ergebnisse der IPOS-Studie von 1990 hin, in der nach der allgemeinen Beunruhigung und persönlichen Bedrohung durch verschiedene Formen der Kriminalität gefragt wurde.

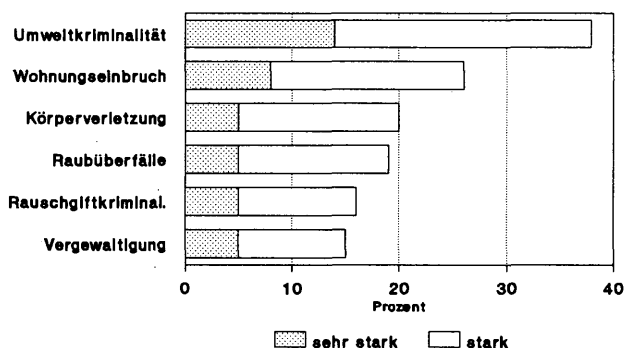
Wie Graphik 3 verdeutlicht, sind über 60 Prozent der Befragten sehr stark oder zumindest stark beunruhigt durch Umwelt- und Rauschgiftkriminalität. Diese vergleichsweise hohe Beunruhigung könnte ein Hinweis darauf sein, daß die Lebensqualität zunehmend auch durch solche Formen der Kriminalität beeinträchtigt werden könnte, die aus dem herkömmlichen Spektrum wohlfahrtsrelevanter Gewalt- und Eigentumskriminalität herausfallen und für die nur geringe individuelle Vermeidungsstrategien zur Verfügung stehen. Die starke Beunruhigung durch Umwelt- und Rauschgiftkriminalität wird auch durch die Wichtigkeitseinstufung der Bereiche „Wirksamer Umweltschutz“ und „Kampf gegen Rauschgift“ anhand einer in derselben Studie vorgegebenen Liste politischer Aufga-

Graphik 3

Allgemeine Beunruhigung durch verschiedene Formen der Kriminalität



Persönliche Bedrohungswahrnehmung durch verschiedene Formen der Kriminalität



Datenbasis: IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1990

ben und Ziele unterstrichen. 74 bzw. 71 Prozent der Befragten sehen darin sehr wichtige Themen, während das eher auf die klassischen Deliktbereiche gerichtete Item der „Verbrechensbekämpfung“ für 58 Prozent der Befragten ähnlich wichtig ist.

Durch Fahrzeugdelikte, Einbruch, Körperverletzung, Raub oder Vergewaltigung fühlen sich 37 bis 43 Prozent der Bundesbürger in starkem Maße beunruhigt. Fast die Hälfte der Befragten ist besorgt über sexuellen Mißbrauch von Kindern. Frauen sind mit Ausnahme der Kraftfahrzeugdelikte und der Körperverletzung insgesamt stärker beunruhigt als Männer. Besonders deutlich sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Bereich sexueller Gewalt.

Wohnungseinbruch erscheint nach Umweltkriminalität besonders bedrohlich

Inwiefern die Befragten sich durch bestimmte Formen der Kriminalität persönlich bedroht fühlen, zeigen wiederum Ergebnisse der IPOS Umfrage von 1990. Wie Graphik 3 dokumentiert, ist das Ausmaß persönlicher Bedrohung über alle erfragten Vergehen erheblich geringer als die allgemeine Beunruhigung. Jedoch übertrifft auch hier die Furcht vor Umweltdelikten mit 38 Prozent alle anderen Kriminalitätsformen deutlich. Rauschgiftkriminalität wird von 16 Prozent der Befragten als zumindest stark bedrohlich angesehen und liegt sogar vor der Bedrohung durch sexuelle Gewalt. Im Falle der Rauschgiftkriminalität dürften die

antizipierte Gefährdung von eigenen Kindern durch Drogen sowie die Furcht vor bestimmten Formen der Beschaffungskriminalität eine erhebliche Rolle spielen.

Entsprechend dem im Vergleich zu Gewalt- oder Sexualdelikten auch statistisch höheren Risikos, steht bei etwas mehr als einem Viertel der Befragten die Wahrnehmung einer persönlichen Bedrohung durch Wohnungseinbruch im Vordergrund. Vor Raubüberfällen und Körperverletzung fürchten sich immerhin rund ein Fünftel der Befragten. Es ist anzunehmen, daß auch bei der Einschätzung der Sicherheit der eigenen Wohngegend neben der Furcht vor gewaltsamer Straßenkriminalität, der Einbruch ein zusätzliches Bedrohungspotential darstellt.

Frauen und ältere Menschen besonders furchtsam

Trotz geringerem objektiven Risiko fühlen sich, wenn auch nur geringfügig, mehr Frauen durch Raub- und Körperverletzungsdelikte persönlich bedroht als Männer (Tabelle 2). Zwischen objektiver Gefährdung und subjektiver Bedrohung besteht damit ein deutliches Mißverhältnis. Auch die Sicherheit der Wohnumgebung schätzen Frauen geringer ein als Männer. Eine allgemeine Furcht vor Kriminalität äußern im ALLBUS 1990 fast 45 Prozent der Frauen gegenüber 16 Prozent der Männer.

Eine Erklärung für die größere Furcht der Frauen ist sicherlich in der antizipierten Bedrohung durch sexuelle Gewalt zu finden. Rund ein Fünftel aller weiblichen Befragten fürchten sich 1990 vor Vergewaltigung, darunter 27 Prozent der Frauen im Alter von 30 bis 44 Jahren und sogar 39 Prozent der Frauen unter 30 Jahren. Die Bedrohungswahrnehmung durch Vergewaltigung übertrifft in diesen Altersgruppen die Furcht vor allen anderen Delikten erheblich. Daß überraschenderweise auch 6 Prozent der Männer Furcht vor sexueller Gewalt äußern, läßt sich vermutlich damit erklären, daß sie sich in diesem Fall um die eigene Partnerin, um Töchter oder sonstige nahestehende weibliche Personen sorgen.

Durch Einbruch und Raub fühlen sich die Befragten über 60 Jahre fast zweimal so häufig persönlich bedroht wie die unter 30jährigen, während bezüglich der Körperverletzung die Bedrohungswahrnehmung über alle Altersgruppen kaum variiert. Auch

Tabelle 2: Persönliche Bedrohungswahrnehmung durch ausgewählte Delikte und Kriminalitätsfurcht 1990

	Wohnungs- einbruch	Raub- überfall	Körper- verletzung	Vergewal- tigung	Kriminalitäts- furcht
Insgesamt	26	19	20	15	31
Geschlecht:					
Männer	24	18	18	6	16
Frauen	30	20	21	21	45
Alter:					
18 - 29 Jahre	17	14	21	39*	32
30 - 44 Jahre	27	17	20	27*	30
45 - 59 Jahre	28	20	17	15*	28
60 u.m. Jahre	33	25	21	12*	33
Gemeindegröße:					
unter 20.000	18	12	13	19*	19
20 - 100.000	27	16	20	19*	30
100 - 500.000	28	25	25	24*	39
über 500.000	41	29	27	26*	45

Datenbasis: IPOS Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1990: Frageformulierung: "Wie stark fühlen Sie sich durch die folgenden Kriminalitätsformen persönlich bedroht?" Antwortalternativen "sehr stark", "stark", "etwas", "gar nicht"; hier ausgewiesen die Prozentanteile "sehr stark + stark". ALLBUS 1990: "Gibt es hier in der unmittelbaren Nähe – ich meine so im Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, wo Sie nachts nicht allein gehen möchten?"; hier ausgewiesen der Prozentanteil derjenigen, die Kriminalitätsfurcht bejahen; * nur Frauen

bei der Kriminalitätsfurcht sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen gering, jedoch wird unter Kontrolle des Geschlechts deutlich, daß Frauen unter 45 Jahren mehr Kriminalitätsfurcht äußern als ältere Frauen, während sich bei den Männern die über 60jährigen am meisten fürchten. Die unterschiedliche Einschätzung der Sicherheit der eigenen Wohngegend durch Männer und Frauen nimmt jedoch mit zunehmendem Alter ab. In der jüngsten Altersgruppe äußern 15 Prozent der männlichen gegenüber 49 Prozent der weiblichen Befragten Kriminalitätsfurcht, in der ältesten noch 20 Prozent der Männer gegenüber 43 Prozent der Frauen. Während bei den Älteren vermutlich vor allem die Bedrohung durch Raub und Einbruch die Einschätzung des Sicherheitsgefühls der eigenen Wohngegend bestimmt, ist dies bei den jüngeren Frauen die Furcht vor Sexualdelikten. Die Merkmale Alter und Geschlecht indizieren demnach eine differentielle Verletzbarkeit und die individuelle Einschätzung persönlicher Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr.

Die mit der Gemeindegröße steigende Bedrohungswahrnehmung durch Eigentums- und Gewaltdelikte, korrespondiert mit der faktischen Kriminalitätsbelastung. Mehrals

zweimal so viele Großstadtbewohner wie Einwohner von kleinen Gemeinden nehmen eine zumindest starke persönliche Bedrohung durch Einbruch, Raub oder Körperverletzung wahr. Auch die Furcht vor gewaltsamer Straßensriminalität nimmt mit der Gemeindegröße zu. Nach Ergebnissen des ALLBUS 1990 geben 19 Prozent der Bürger von Gemeinden unter 20.000 Einwohnern aber 45 Prozent der Großstadtbewohner an, sich in der engeren Umgebung ihrer Wohnung unsicher zu fühlen.

Seit 1991 geringere Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität

Bereits 1990 machte sich ein möglicher Einfluß veränderter politischer und geographischer Bedingungen auf die objektive Kriminalitätsbelastung bemerkbar. Der Anstieg der Gesamtkriminalität von 1989 auf 1990 war zu einem Großteil bedingt durch eine Sonderentwicklung (West-)Berlins. Auch 1991 ist insgesamt wieder eine Zunahme der Kriminalität zu verzeichnen. Für die 10 vergleichbaren alten Bundesländer weist die amtliche Kriminalstatistik seit 1990 eine deutliche Zunahme von gewaltsamer Straßensriminalität und Kraftfahrzeugdelikten aus. Desgleichen

ist für Ostdeutschland ein Anstieg der Kriminalität bei Einbruch, Diebstahl und Raub festzustellen, auch wenn nach offiziellen Einschätzungen das Westniveau bei weitem (noch) nicht erreicht wird.

Auch die subjektive Einschätzung der Sicherheitslage hat sich im Verlauf der letzten beiden Jahre verändert. So ist die positive Bewertung der Öffentlichen Sicherheit seit der Wiedervereinigung gesunken (vgl. nochmals Tabelle 1). Während im Frühjahr 1990 noch jeweils eine Mehrheit der Befragten in der Bundesrepublik bzw. der DDR mit dem Schutz der Bürger vor Kriminalität sehr oder eher zufrieden war, sinkt dieser Anteil in den alten Bundesländern bis 1992 auf 48 Prozent. In den neuen Bundesländern sind bereits 1991 nur 15 Prozent der Bürger mit der Öffentlichen Sicherheit zufrieden, 1992 ist es noch jeder Zehnte.

Ostdeutsche fühlen sich stärker bedroht als Westdeutsche

Während die allgemeine Zufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit seit der Wiedervereinigung in Ost- und Westdeutschland sinkt, hat sich die Einschätzung der

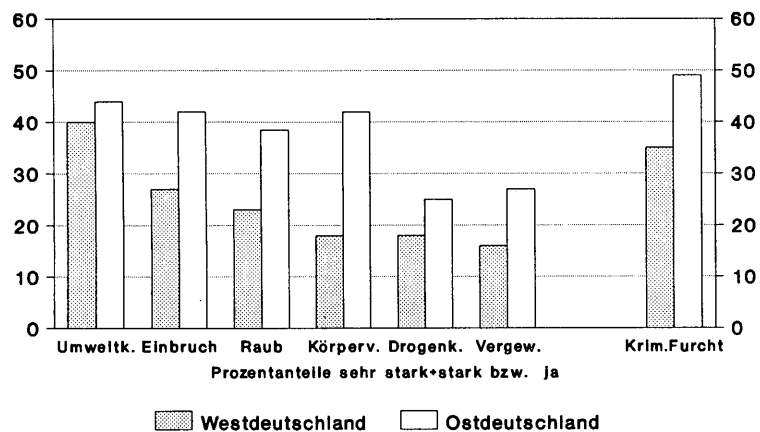
individuellen Gefährdung in den alten Bundesländern kaum verändert. Die Wahrnehmung einer eher starken persönlichen Bedrohung durch Einbruch, Körperverletzung, Raub oder Vergewaltigung ist 1991 im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig um 1 bis 4 Prozent gestiegen. Auch die Kriminalitätsfurcht hat 1992 im Vergleich zu 1990 etwas zugenommen und liegt jetzt bei 36 Prozent. Betroffen sind davon jedoch ausschließlich Frauen, von denen 53 Prozent - 8 Prozentpunkte mehr als 1990 - Furcht vor Kriminalität äußern.

Gegenüber Westdeutschland sieht sich in Ostdeutschland ein wesentlich größerer Anteil der Bevölkerung insbesondere durch Eigentums- und Gewaltdelikte bedroht (Graphik 4). Während die Wahrnehmung einer persönlichen Bedrohung durch Umwelt- und Rauschgiftkriminalität 1991 in den neuen und alten Bundesländern nur um 4 bzw. 7 Prozent differiert, fühlen sich um bis zu 20 Prozent mehr Ost- als Westdeutsche durch Einbruch, Raub, Körperverletzung oder Vergewaltigung in besonderem Maße persönlich bedroht. Auch die Sicherheit der näheren Umgebung wird von den Ostdeutschen schlechter beurteilt: fast jeder Zweite fürchtet sich 1992 vor gewaltsamer Straßenkriminalität in der näheren Umgebung, rund 15 Prozent mehr als in Westdeutschland. Die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen sind denen im Westen vergleichbar, während die Gemeindegröße in Ostdeutschland keine Rolle spielt.

Angesichts einer noch im Aufbau befindlichen Polizei fühlen sich die Ostdeutschen in der Öffentlichkeit anscheinend nur unzureichend vor Kriminalität geschützt. Der Anstieg im Bereich wohlfahrtsrelevanter Delikte sowie die insgesamt erhöhte Sichtbarkeit von Kriminalität in den Medien scheinen den Eindruck einer massiven Beunruhigung und Bedrohung in Ostdeutschland zu beeinflussen. Zudem werden die Veränderungen in fast allen Lebensbereichen und eine damit einhergehende generelle Verunsicherung, die Kriminalitätsfurcht der Ostdeutschen vermutlich noch verstärken.

Susanne Bahl
(Tel.: 0621/18004-25)

Graphik 4
Bedrohungswahrnehmung durch Kriminalität
im vereinten Deutschland



Datenbasis: IPOS 1991; ALLBUS 1992

Kommunale Sozialberichterstattung

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren

Am 29. und 30. Oktober 1992 fand in Mannheim ein Workshop mit dem Thema „Kommunale Sozialberichterstattung“ statt, der von der Abteilung Soziale Indikatoren des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) veranstaltet wurde. Der Workshop stieß auf ein außerordentlich großes Interesse und wurde von über sechzig Teilnehmern besucht. In seiner Begrüßung wies Heinz-Herbert Noll (ZUMA) auf die gestiegene und weiter wachsende Bedeutung der kommunalen Sozialberichterstattung als Grundlage einer bedarfsgerechten städtischen Sozialplanung hin. Anschließend gab K.H. Simon (Wiesbaden) einen Überblick über die verschiedenartigen Ziele, Anforderungen und Konzepte der kommunalen Sozialberichterstattung. Über das Raumbeobachtungssystem der Bundesanstalt für Länderkunde und Raumordnung (BfLR) als Informationsquelle vergleichender kommunaler Sozialberichterstattung informierte H. Janich (Bonn).

Der folgende Themenblock war der kommunalen Sozialberichterstattung in einzelnen Städten gewidmet: Zunächst referierte R. Schulmeyer (Köln) über Konzeption und wichtige Ergebnisse der Sozialberichterstattung in Köln. Am Beispiel der Stadt Dortmund informierte W. Bick (Duisburg)

über Bürgerbefragungen als bewährtes Instrument der kommunalen Sozialberichterstattung. F. Beuels (Essen) berichtete dann anhand der Bürgerumfrage 1991 über ausgewählte Aspekte der Lebensbedingungen in Essen.

Der nächste Themenblock befaßte sich mit der kommunalen Sozialberichterstattung in verschiedenen politischen Handlungs- und Problemfeldern. Zunächst behandelte W. Hanesch (Mönchengladbach) den Bereich der Armut und der Armutsberichterstattung in Kommunen. Anschließend referierte K. Simons (Saarbrücken) über die Notwendigkeit einer Revision der Sozialhilfestatistik, um sie als Informationssystem der kommunalen Sozialberichterstattung nutzen zu können. U. Altmann (Saarbrücken) berichtete dann über Lebenslagen älterer Menschen als Gegenstand der kommunalen Sozialberichterstattung. Zum Abschluß des Workshops stellte A. Hinzen (Aachen) verschiedene Ansätze der kommunalen Umweltberichterstattung dar und diskutierte die Möglichkeiten und Chancen eines weiteren Ausbaus dieses Bereichs der kommunalen Sozialberichterstattung.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-29)